

Arbeitsverhältnisse der Zukunft. Gewerkschaften – Migration – Frauen

war der Titel einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit Analyse-Kritik-Utopie e.V., der Zeitschrift Sozialismus und Regenbogen – für eine neue Linke e.V. am 25./26. November 2000 in Hamburg. Insgesamt beteiligten sich hieran mindestens 104 Menschen. Nähere Hinweise zu Fragestellungen, Thesenpapieren, Artikeln, ReferentInnen und Organisationen finden sich unter:

www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/arbeitsver/index.htm.

Im folgenden wird die Debatte in den einzelnen Plenen und AG's skizziert.

Auftakt: Streitgespräch - Fetisch Arbeit?

Provokativ startet *Mag Wompe* das an den Beginn der Tagung gesetzte Streitgespräch (Moderation: *Andreas Bachmann*/Regenbogen, ca. 85-90 TeilnehmerInnen) "Fetisch Arbeit" mit der Illustrierung der These vom "rechten und linken Arbeitsfetisch": Generell werde Arbeit mit Lohnarbeit gleichgesetzt und Arbeit so auf den Aspekt Mühsal reduziert. Lohnarbeit wird zum scheinbar einzigen Mittel der Existenzsicherung, entsprechend haben Menschen eine Fixierung auf Erwerbsarbeit entwickelt und nicht wenige sind geradezu "arbeitssüchtig". Diese Arbeitssucht machen sich Unternehmen als "Dealer der Ware Arbeitskraft und der Droge Arbeit" zunutze, aber auch linke Kräfte setzten sich durch ihre Beschäftigungsorientierung für das "Recht auf Zwang zur Arbeit" ein. Statt der Forderung nach einem "Recht auf Arbeit" bevorzugt *Wompe* daher ein "Recht auf glückliches Leben für alle".

Joachim Bischoff hält diese Argumentation vom Ansatz her für politisch falsch und fatal. Nach seiner Interpretation wird dadurch Gesellschaftsanalyse durch Individualpsychologie ersetzt, werden die Interessensgegensätze zwischen Kapital und Arbeit ignoriert und Individuen vielmehr für ihre Überarbeitung in oft prekären Arbeitsverhältnissen durch eine vermeintliche Arbeitssucht selbst verantwortlich gemacht. Die globale Barbarei, extrem ungleiche Verteilungsverhältnisse und die angesichts technischer Möglichkeiten immer länger statt kürzer werdenden Arbeitszeiten sind für Bischoff auf diese Weise nicht zu erklären. Ein Kompromiss zwischen beiden auch in der Diskussion heftig umstrittenen Positionen könnte in der Formulierung bestehen, dass überarbeitete Menschen - darunter sicher nicht wenig "Arbeitssüchtige", die entsprechend "zu heilen" wären - zuerst wieder die Fähigkeit erlangen müssen, ihre Interessen solidarisch mit anderen zu formulieren und gemeinsam um die Arbeitsverhältnisse der Zukunft streiten zu können.

AG 1: Abschied vom Normalerwerbsverhältnis?

war die Fragestellung einer von *Gerd Siebecke* (Zeitschrift Sozialismus) moderierten AG mit etwa 18 TeilnehmerInnen. Ausgehend von den Impulsreferaten von *Christine Detamble-Voss* (UKE-Frauenbeauftragte), *Gerald Kemski* (Betriebsrat und VL-Sprecher sowie Sprecher der PDS-AG Betrieb & Gewerkschaft) sowie *Berno Schuckart* (Personalvertretung der Diakonie, ebenfalls VL-Sprecher), die alle in der ÖTV aktiv sind, entspann sich eine Diskussion zu vier Punkten:

- Was ist eigentlich "normal" am Normalarbeitsverhältnis? Zahlen/Fakten: Ausweitung von – vor allem weiblicher – Teilzeitarbeit zu Lasten von Vollzeitarbeitsplätzen.
- Welche Entwicklungstendenzen sind zu erkennen? Die Tendenz zu immer stärkerer Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse wurde anhand von konkreten Beispielen aus dem Gesundheitssystem, aus dem Bildungsbereich und aus dem Hafen sehr anschaulich.

- Wie können Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht aussehen? Dabei wurde sehr stark in den Vordergrund gerückt, dass man eine breite gesellschaftspolitische Debatte darüber, “wie wir arbeiten und leben wollen” entwickeln müsse, um der Tendenz, alles über den Markt regulieren zu wollen, entgegenzutreten zu können. Die an diesem Punkt unvermeidliche Beschwörung der “revolutionären Basis” gegenüber den “bremsenden Gewerkschaftsführungen” wurde aufgrund der praktischen Erfahrungen insbesondere der ÖTV-KollegInnen auf das realistische Maß zurückgefahren. So konnten in der Diskussion die Probleme und Chancen linker Gewerkschaftspolitik vor Ort herausgearbeitet werden. Und auch der Hinweis, dass die Rückgewinnung des politischen Mandats durch die Gewerkschaften (über deren Notwendigkeit Konsens bestand) nur über den “Generalstreik” zu erreichen sei, blieb ein Randphänomen.
- Das von *Berno Schuckart* eingebrachte Problem, mit welchen veränderten Methoden und Ansprachemöglichkeiten (Stichwort: stadtteilbezogene Gewerkschaftsarbeit) man die KollegInnen erreichen kann, wenn man sie denn immer seltener an ihrem “Normalarbeitsplatz” vorfindet, konnte aus Zeitgründen nicht mehr diskutiert werden, ist aber eine dringliche Fragestellung.

Prekär hochqualifizierte Beschäftigung

war ein umstrittener Titel der Arbeitsgruppe 2 (Moderation: *Florian Weis*/RLS), an der 22 Menschen teilnahmen, nur 7 von ihnen Frauen, obgleich insgesamt mehr Frauen als Männer die Tagung besuchten. Umstritten, weil, so *Jens Weiß* (Senior Consultant), bei Einkommen von 90.000 bis 150.000 DM schon für BerufseinsteigerInnen in besonders gefragten IT- und Unternehmensberatungsbereichen und zusätzlichen Anreizen kaum von Prekarisierung gesprochen werden könne. Für andere Gruppen von formal gut ausgebildeten Arbeitskräften aber (z.B. in Teilen des freiberuflichen Journalismus, der neuen Medien und der nichtschulischen Bildungsbranche) seien Merkmale der Prekarisierung vorhanden: Befristung von Verträgen, Unsicherheit bei mäßiger oder schlechter Bezahlung (*Meike Jäger* vom T.I.M.-Projekt der IG Medien bzw. Ver.di).

Im weiteren konzentrierte sich die Diskussion auf die IT-Branche. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass hier der Trend wieder zur Festanstellung von SpezialistInnen ginge. Vielfach verwischten sich aber die Grenzen zwischen Lohnabhängigen, Freiberuflern und formal Selbständigen (so z.B. *Karsten Balzer* von OWUS). Grundsätzlich waren sich die gewerkschaftlich arbeitenden TeilnehmerInnen einig, dass die künftigen Ver.di-Gewerkschaften sich allen Beschäftigten und Beschäftigungsformen noch stärker öffnen müssten. Dabei wurde einerseits eine größere Geschwindigkeit und Anpassung der Gewerkschaftsarbeit an die Lebens- und Arbeitsweisen speziell der IT-Branche gefordert, gleichzeitig aber auch davor gewarnt, den Dienstleistungscharakter der Gewerkschaftsarbeit zu sehr zu forcieren: Gewerkschaften seien in erster Linie für die Verlierer da, es sei ihre Aufgabe, den Leitbildern von absoluter Leistungsbereitschaft, Mobilität und Jugendwahn entgegenzutreten. Bei prinzipieller Übereinstimmung in der Ausrichtung auf eine stärkere Politisierung von Gewerkschaftsarbeit und der verstärkten Betonung des Solidaritätsgedankens gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob das Image als Vertretung der „Looser“ akzeptiert oder ob es ein entscheidendes Hindernis für die Gewinnung jüngerer, auf beruflichen Erfolg setzender KollegInnen sei. Auch verwiesen verschiedene TeilnehmerInnen (etwa *Peter Raben* von der dänischen HK) darauf, dass andere Arbeitsformen wie Freiberuflichkeit und Telearbeit von Beschäftigten z.T. auch als Verbesserungen empfunden würden.

Prekär niedrigqualifizierte Arbeit - „Die, die im Dunkeln arbeiten“ - diese Definition von *Inga Kulms* (IG Medien) über ZeitungszustellerInnen kennzeichnet treffend den Erwerbsbereich, der Thema dieser AG (Moderation: *Silke Veth/RLS*) war: Gerade in diesen Arbeitsverhältnissen kumulieren strukturelle Arbeitsmarktbenachteiligung aufgrund von Geschlecht und Ethnie am stärksten. Arbeitsmarktrisiken werden auf das Individuum verlagert (z.B. sind Zeitungszustellerinnen selbst für ihre Schutzkleidung sowie die Reparatur ihres Fahrrades verantwortlich). Eine unterqualifizierte Beschäftigung wird ebenfalls zur Normalität (z.B. in der Kinobranche, in der bis zu 80 Prozent sog. studentische Beschäftigte tätig sind (Bericht von *Tanja Carstensen*, Betriebsratsmitglied der Hamburger Flebbe Filmtheaterbetriebe). Die äußerst rege Beteiligung an dieser Arbeitsgruppe - mit über 40 Personen die größte - zeigte die hohe Brisanz derartige Arbeitsverhältnisse und den Diskussionsbedarf darüber. Allen Berichten gemeinsam war, dass die größten Probleme in der schweren Organisierbarkeit, den heterogenen Interessen und den geringen bis gänzlich fehlenden tarifvertraglichen Regelungen liegen.

Nach den o.g. zwei Berichten aus der betrieblichen Praxis, die durchweg von einer guten Zusammenarbeit mit der zuständigen Gewerkschaft sowie von Bemühungen seitens der IG Medien, diese Beschäftigten zu organisieren gekennzeichnet war, beschäftigten sich die folgenden Beiträge sowie die daran anschließende Diskussion primär mit dem Thema Arbeit und Migration.

Bendix Klingenberg (BI Ausländische ArbeitnehmerInnen) warf mit seiner These, dass strukturelle Diskriminierungen und nationale Steuerungsmechanismen den freien Zugang zum Arbeitsmarkt verhindern, eine Diskussion über die verschiedenen Stati und Zugänge von MigrantInnen zum Arbeitsmarkt sowie über den Begriff der/des Migranten selbst auf. Dieser verschleierte seiner Meinung nach die existierenden Arbeits- und Lebensverhältnisse, vielmehr existieren sog. Positiv- und Negativstaatler. MigrantInnen sind immer prekär, auch wenn sie hochqualifiziert sind. Die Feststellung, dass v.a. weibliche Migrantinnen einem mehrfachen Druck ausgesetzt sind, solche Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, wurde durch den Beitrag von *Victoria Morales-Seifert* (Amnesty for women) über v.a. Philipinas, die in privaten Haushalten arbeiten, nochmals aus der Praxis bestätigt. Ein weiteres Feld - neben dem Hausarbeitssektor - ist der Bereich der Gastronomie. Dieses Feld - so *Elisabeth Bothefeld* (NGG) - ist ebenfalls durch starke persönliche Abhängigkeiten (Wohnen am Arbeitsplatz), schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeiten gekennzeichnet und reicht bis in den Bereich illegalisierter und papierloser Tätigkeit.

Die Diskussion war von der allgemeinen Übereinstimmung geprägt, dass der Bereich der prekär niedrigqualifizierten Arbeit sowohl quantitativ wie auch qualitativ zunimmt. Aus einem Typ des Zuverdienst wird eine kontinuierlich diskontinuierliche Beschäftigung. Es wurde die Frage nach der KonsumentInnenmacht, nach neuen Strukturen der Gewerkschaftsarbeit, z.B. im Wohnviertel sowie des Existenzgeldes als Lösungsstrategie, um den Zwang zur Arbeit wenigstens zu verändern, diskutiert. Die Frage nach den Kooperationen zwischen Gewerkschaften und anderen Institutionen bzw. gesellschaftlichen Kräften blieb jedoch offen. Genauso wie die Frage der „Arbeitssucht“ (*Mag Wompe*), die die Vormittagsdiskussion bestimmte, für den Bereich der prekär Beschäftigten gedacht werden kann.

Gesellschaft oder Gemeinschaft ? Zur Kritik des Kommunitarismus

Die Diskussion in der AG 4 (11 TeilnehmerInnen, Moderation: *Arianne Dandorfer/Andreas Bachmann*, Regenbogen) konzentrierte sich, ausgehend vom Hauptreferat von *Dirk Hauer* (Referent der Bürgerschaftsfraktion von Regenbogen), in der einen Hälfte auf die

zerstörerischen Folgen einer kommunitaristischen Strategie für eine Sozialstaatskonzeption, die auf sozialen BürgerInnenrechten und dem Anspruch auf Universalität beruht. Als noch zu lösende Aufgabe wurde einhellig die Bewahrung staatskritischer Traditionen in der Linken - wie z.B. die unterschiedlichsten Selbstverwaltungsmodelle - gegenüber den Umarmungsversuchen des Kommunitarismus eingeschätzt. Ein wichtigster Anhaltspunkt für die praktische und theoretische Differenz dürfte der Umstand sein, dass kommunitaristische Vorstellungen und Realitäten regelmäßig eine autoritäre Prägung haben.

In der anderen Hälfte stand die Kritik an dem geschlechter- und arbeitsmarktpolitischen roll-back durch „Bürgerarbeit“ im Sinne der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission im Mittelpunkt. „Bürgerarbeit“ ist nicht ohne subtilen und offenen Zwang denkbar und verfestigt Berufs- und Rollenklischees im Geschlechterverhältnis.

Arbeit neu denken?

fragten sich unter der Moderation von *Sabine Reiner* (RLS) die 37 TeilnehmerInnen der AG 1 in der zweiten AG-Runde. *Joachim Bischoff* (Sozialismus) lehnte die These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ab, vielmehr bestünde ein industrieller Kern von Arbeitsplätzen fort. Bei wachsender sozialer Polarisierung und steigender Beschäftigung von Frauen bleibe Lohnarbeit auch im „Aktionärskapitalismus“ von zentraler Wichtigkeit. Obgleich sich die Linke in einer Defensivposition befinde, müsse sie unter diesen Umständen für massive Eingriffe in die Verteilungsstrukturen kämpfen.

Christian Brütt (Doktorand der RLS) betrachtete auch die Sozialhilfe als lohnerwerbszentriert. Sie sei ethnisch hierarchisiert (Asylbewerberleistungsgesetz!) und werde zunehmend im Kontext „Arbeit und Sozialhilfe“ (Workfare-Debatte) statt „Armut und Sozialhilfe“ gesehen, womit eine Uminterpretation von Menschenwürde verbunden sei.

In diesem Zusammenhang wurde die traditionelle linke Forderung nach Vollbeschäftigung kritisiert. Für viele DiskussionsteilnehmerInnen bedeutet dies ein zu enges, ja falsches Arbeitsverständnis. Ein möglicher Konsens könnte darin bestehen, Vollbeschäftigung nur in Verbindung mit menschenwürdiger Existenzsicherung und Arbeitsqualität zu fordern.

Auch *Wolfgang Völker* von der Zeitschrift „Widersprüche“ plädierte für eine Trennung von sozialen Grundrechten und Lohnarbeitszentrierung. Mit Konzepten sozialer BürgerInnenrechte als einklagbarer Rechte könne den diskriminierenden Prinzipien von Bedürftigkeitsprüfung bzw. Wohltätigkeit einseitig, dem Versicherungsprinzip andererseits begegnet werden. Solche garantierten sozialen Rechte seien Voraussetzung politischer Rechte und gesellschaftlicher Teilhabe.

Für *Sabine Beckmann* (Politikwissenschaftlerin aus Marburg) muss der Begriff von Arbeit radikal neu gedacht werden: Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Die Sozialisation von Menschen, die erziehend und berufs-tätig sind, müsse zur neuen Norm werden. Demzufolge müssten zentrale gesellschaftliche Institutionen entsprechend umgebaut werden. Daran anknüpfend wurde in der Diskussion gefragt, ob ein solches Leitbild des immer auch erziehend tätigen Menschen nicht die Profitmaximierung grundsätzlich in Frage stelle und insofern systemverändernd sei.

Gewerkschaften neu erfinden? lautete die Fragstellung für den Arbeitskreis (ca. 45 TeilnehmerInnen, Moderation: *Meinhard Meuche-Mäker*, Analyse-Kritik-Utopie), an dem mit *Bernd Honsberg* (Referent beim IG BAU-Vorstand) und *Hüseyin Yilmaz* (Leiter der DGB-Ausländerberatung Hamburg) zwei offizielle Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, während *Martin Diekmann* als aktiver Betriebsrat und für die Gruppe „Blauer Montag“ und *Renate Heubach* vom MigratInnenprojekt ZAPO eher kritische Positionen zur vorherrschenden Gewerkschaftspolitik vertraten. Die Diskussion kreiste zum einen um die immer noch zu stark auf das traditionelle, männlich bestimmte Erwerbsverhältnis aufgebauten

Gewerkschaftsorganisation, zum anderen um die zu geringe Berücksichtigung von MigrantInnen in der Gewerkschaftsarbeit. Dabei verwies u.a. *Hüseyin Yilmaz* auf die Leistungen und Beiträge der Gewerkschaften zu einer multikulturell orientierten Integration (z.B. Nachzug von Familienangehörigen, Aufnahme von Jugendlichen der 2. Generation ins Duale System, Legalisierung). *Bernd Honsberg* schilderte die Schwierigkeiten speziell im Baubereich, in dem der hohen Arbeitslosigkeit (alleine in Hamburg weit über 20%), die überproportional stark lange hier lebende MigrantInnen trafe, und dem Lohndruck der Unternehmer durch die ehrliche Benennung der Probleme und Konfliktlinien Rechnung getragen werden müsse. Bei aller Kritik an der vorherrschenden Gewerkschaftspolitik gegenüber WanderarbeiterInnen, Papierlosen, die *Renate Heubach* wegen ihrer kontraproduktiven Repressionsunterstützung angriff, bzw. Positionen zur Greencard, wie sie *Martin Diekmann* kritisierte, gab es Punkte der Annäherung: Solidarität müsse wieder ins Zentrum gewerkschaftlichen Denkens rücken, sie sei nur international denkbar. Staatliche Kontrollen, die sich teilweise oder vorwiegend gegen papierlose und andere ausländische ArbeitnehmerInnen richteten, wurden kritisch betrachtet. Eine völlige Einigkeit über den Verzicht auf repressive Kontrollen bestand jedoch nicht, die Gewerkschaftsvertreter hielten eine Bekämpfung krimineller Ausbeutung durch Arbeitgeber, über die wiederum Konsens bestand, nicht ohne Kontrollen für möglich. Deutlich wurde, dass sich die Gewerkschaften stärker für alle ArbeitnehmerInnen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, öffnen müssten. Die Bereitschaft hierzu war in dieser Runde weitaus größer als sie dies aus ihrer mehr als dreijährigen ZAPO-Arbeit mit GewerkschaftsvertreterInnen kenne, zog *Renate Heubach* ein positives Fazit.

Hinsichtlich der Rückgewinnung gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht in der Gesellschaft wurde eine Verankerung in der lokalen Alltagswelt, ein „social movement trade unionism“, befürwortet, da die vorrangige Ausrichtung auf den (industriellen Groß-)Betrieb den heutigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen nicht mehr ausreichend entspreche.

Ehemals von Gewerkschaften als "Randgruppen" (Frauen, Angestellte, MigrantInnen) betrachtete Segmente würden aufgrund der Veränderungen der Betriebsweise des Kapitalismus, zunehmender sozialer Fragmentierung und des Strukturwandels in der Arbeitswelt zur vorherrschenden Normalität. (*Diekmann*: "Die Ränder sind kein Rand mehr".) Hierauf müssen sich die Gewerkschaften stärker und schneller als bisher einstellen. Als wesentlich wurde auch die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften, unabhängig bestimmter politischer Orientierungen, angesehen. Hierzu gehöre beispielsweise für die Gewerkschaften in der BRD sowohl die konkrete Unterstützung der Gewerkschaften in anderen Ländern, als auch eine den ökonomischen Möglichkeiten entsprechende Tarifpolitik im eigenen Land, da zu niedrige Lohnabschlüsse auch als Gefährdung von Arbeitsplätzen in anderen Ländern gewertet werden könnten.

Vom **Ausland lernen heißt siegen lernen** oder: Kann die europäische Vernetzung durch die gemeinsame Nutzung des Internets, durch eine Positionierung zum Entwurf der Grundrechtecharta der EU und die Mobilisierung zum Gegengipfel in Nizza die verschiedenen nationalen Erfahrungen gegenseitig nutzbar machen?

So bündelte PDS-Vorstandsmitglied *Judith Dellheim*, die gerade mit der Mobilisierung zum Gegengipfel in Nizza beschäftigt ist, einige Debattenpunkte des Vortags für die Themen der Abschlußrunde.

Irene Bonnaud schilderte vor etwa 50 TeilnehmerInnen die Entwicklungsgeschichte der französischen Erwerbslosenbewegung AC!, bei der soziale Themen und damit die Ausrichtung auf und die Trägerschaft durch AktivistInnen sozialer Randgruppen im Vordergrund stünden. Dennoch bestünde kein Konkurrenzverhältnis zu den klassischen

Gewerkschaften. Schwerpunkt der Arbeit sind Kampagnen für eine Charta der sozialen Rechte und ein garantiertes Mindesteinkommen. In dieser Zielsetzung stimmt die Arbeit der in 13 Ländern vertretenden Organisation Kalaayan mit Sitz in London mit derjenigen von AC! überein, wie *Natasha Pearce* berichtete („Charta der 12 Rechte“). Kalaayan ist ein Beispiel für Selbstorganisation von MigrantInnen, wobei besonders in der Hausarbeit tätige Philipinas repräsentiert sind. Aufgrund der starken zeitlichen Belastung und der Isolierung der Arbeitsverhältnisse reicht die klassisch betrieblich organisierte Gewerkschaftsarbeit nicht aus. *Natasha Pearce* schilderte aber ausgesprochen positive Erfahrungen in der engen Kooperation mit der traditionsreichen Gewerkschaft TGWU.

Trotz aller neoliberalen Verschlechterungen ist die Situation im traditionell sozialdemokratischen Dänemark eine andere als im immer noch Thatcher-geprägten Großbritannien. *Merete Pedersen* von der größten dänischen Gewerkschaft HK (ca. 375.000 Mitglieder, dies entspräche in Deutschland ca. 6 Millionen Mitglieder, und der parlamentarisch vertretenen Rot-Grünen-Allianz) berichtete von den sog. Home-Services: Firmen, die Verträge mit den Beschäftigten (meist Frauen) schließen, auf deren Grundlagen Hausarbeit geleistet wird. Freilich ist auch das vergleichsweise sozial-orientierte Dänemark kein Musterland in Bezug auf Frauenemanzipation und MigrantInnenintegration. Einerseits gäbe es Beispiele für eine Selbstorganisation von MigrantInnen im Erwerbsbereich, so z.B. im Hotel- und Gastronomiebereich und der zuständigen Gewerkschaft RFB, wie *Peter Raben* (ebenfalls HK und Rot-Grüne -Allianz) anmerkte. Andererseits sei Dänemark ein organisiertes Land, in dem viele MigrantInnen nicht organisiert seien, was Irritationen auslöse.

Ähnlich ambivalent stelle sich die Situation der Frauen dar. *Merete Pedersen* konstatierte den hohen Beschäftigungsanteil von Frauen in Dänemark und die nach wie vor hohe Vergesellschaftung traditioneller Frauenaufgaben als Errungenschaften, bemängelte aber auch die unzureichende Öffnung der Gewerkschaft für Frauenanliegen. Perspektiven könnten eine verstärkte Freistellung von Frauen für Basisarbeiten innerhalb von Gewerkschaften sowie generell eine Vergrößerung der Mitbestimmung der Mitglieder und eine Öffnung der Gewerkschaftsarbeit sein.

Bernd Honsberg machte auf eine notwendige Differenzierung des Spektrums der MigrantInnen aufmerksam: „Das sogenannte MigrantInnenproblem ist keines mehr“. Die Problemlagen verliefen zwischen WanderarbeiterInnen und dauerhaft in Deutschland lebenden Beschäftigten. Seine Gewerkschaft versuche durch die enge Kooperation mit den Gewerkschaften aus den Herkunftsländern (Portugal, Polen) die Kluft zwischen den in Deutschland organisierten und den anderen KollegInnen zu überbrücken. Als Problem stellt sich, dass speziell osteuropäische ArbeitnehmerInnen häufig nicht gewerkschaftlich organisiert seien bzw. Gewerkschaft aufgrund der staatssozialistischen Erfahrung skeptisch betrachteten. In der IG Bau sind nur 10 Prozent der Mitglieder weiblich, aber in den Branchen, für die sie zuständig sind, arbeiten zu 30 Prozent Frauen. Tätigkeiten wie die industriennahe Reinigung berücksichtigt traditionelle Gewerkschaftsarbeit noch zu wenig.

Immerhin: Für Nizza mobilisiert nicht nur die IG Bau, zum ersten Mal seit 1973 mobilisiert die eigentlich zahnlose Dachorganisation EGB für eine europaweite Demonstration. Gibt es vielleicht doch Ansätze für eine Wiederbelebung des Solidaritätsgedankens, der die alte Arbeiterbewegung stark macht wie es *Peter Raben* forderte?